

Parteitag | Liberale zu Besuch bei der Schreinerei Beeler

# FDP nominiert Josef Dittli für den Ständerat und diskutiert über Klima und Energie

Mathias Fürst

Josef Dittli musste sich für den Parteitag, an dem er für seine dritte Amtszeit als Ständerat nominiert werden sollte, warm anziehen. Alle anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Parteitags jedoch auch, fand dieser doch am Donnerstagabend, 27. Oktober, als Fortsetzung der Gewerbetour der FDP Uri, im ungeheizten Holzlager der Schreinerei Beeler in Erstfeld statt. Umstritten war die Nomination von Josef Dittli nicht. Im Gegenteil.

Eingeleitet wurde die Nominierung durch ein Video, in dem Exponenten der FDP-Bundeshausfraktion Statements zu ihrem Urner Parlamentskollegen abgaben. Parteipräsident Thierry Burkart lobte Josef Dittli als «Stütze der Fraktion, ja des Parlaments». Er arbeite eng mit ihm zusammen und schätze ihn sehr. Auch Damien Cottier, Maja Riniker und Damian Müller rührten die Werbetrommel für Josef Dittli.

Ruedi Cathry bezeichnete Josef Dittli in seiner Ansprache als «Schaffer». 25 Vorstösse habe er in der laufenden Legislatur eingebracht, und es seien auch fast alle angenommen worden. Josef Dittli sei hervorragend vernetzt und ein Politiker, der Kompromisse suche und Mehrheiten schaffen könne. «Wir brauchen ihn noch in Bern», so Ruedi Cathry. «Wer könnte es besser als Pepi Dittli?», fragte er rhetorisch.

## «Kandidiere zum letzten Mal»

Er habe sich seinen Entscheid, für eine weitere Amtszeit antreten zu wollen, nicht leicht gemacht, versicherte Josef Dittli. Er sei nun 65 und habe sich gefragt, ob er noch genügend Energie aufbringe, für weitere vier Jahre in diesem Amt, und ob er noch genügend Wirkung erziele für Uri und die Schweiz. Und schliesslich habe er sich ge-

fragt: «Will man überhaupt, dass ich weitermache?» Er habe diese drei Fragen mit Ja beantwortet können. Er sei weiterhin motiviert, sich einzusetzen, und er fühle sich fit. Er habe den Eindruck, dass ihm in Bern einiges gelinge. «Ich glaube, ich vertrete die Interessen Uris und kann weitere vier Jahre etwas bewegen», sagte er. In Gesprächen im Bundeshaus und in Uri habe er gespürt, dass man ihn gerne vier weitere Jahre in Bern hätte. Und auch die Familie, die am Parteitag ebenfalls anwesend war, stehe hinter ihm.

Wenn er gewählt werde, bleibe er im Ständerat in denselben Kommissionen, hielt er fest. Aktuell ist er in der sicherheitspolitischen Kommission, der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen sowie jener für soziale Sicherheit und Gesundheit. In seiner politischen Arbeit komme Uri immer zuerst, betonte er. Im Sinne einer besseren Work-Life-Balance gebe er auf Ende Mai auch sein grösstes Mandat ab, das er neben seiner parlamentarischen Arbeit ausübe, jenes beim Verband Curafutura. Und eines sei für ihn klar, sagte er weiter: «Es ist das letzte Mal, dass ich kandidiere.»

## Diskussionen über Energie

Josef Dittli wurde am Parteitag dann per Akklamation zur Wiederwahl in den Ständerat nominiert. Auch das einzige Wahlgeschäft des Abends wurde per Applaus entschieden. Michelle Ziegler wurde neu in die Geschäftsleitung der FDP Uri gewählt. Seit vergangem Sommer ist die 27-jährige Erstfelderin Präsidentin der Urner Jungfreisinnigen. Mit ihrer Wahl werde die GL etwas jünger und auch weiblicher, sagte Parteipräsident Ivo Schillig. Ein weiterer Schwerpunkt des Parteitags waren Diskussionen zu den Themen Klima und Energie. Dabei ging es jedoch um Informations-



Wurde mit Applaus für eine weitere Amtszeit als Ständerat nominiert: Josef Dittli. Der Parteitag der FDP fand im Holzlager der Schreinerei Beeler in Erstfeld statt. FOTO: MATHIAS FÜRST

austausch, Entscheide wurden keine gefällt. Ludwig Loretz und Michelle Ziegler berichteten von ihrer Teilnahme am Workshop der FDP Schweiz in Bern zur Vision Nachhaltigkeit 2050. Baudirektor Roger Nager legte die Klimastrategie sowie die Energiestrategie des Kantons Uri dar. Erstere wurde von den Landrätinnen Miriam Christen und Dori Tarelli, Zweitere von den Landräten Marcel Bachmann und Walti Tresch genauer unter die Lupe genommen. Schliesslich führte Roger Nager auch die Richtplananpassung 2022 aus, welche wegen dem darin enthaltenen Ausbau des Windparks auf dem Gütsch ebenfalls Teil der Diskussion um Energie war.

## Sven Infanger will Richter werden

Ivo Schillig gab den anwesenden Parteimitgliedern schliesslich einen Ausblick auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen. Bei den Richterwahlen vom 10. März 2023 gelte es für die FDP, einen ihrer Richtersitze neu zu besetzen. Oberrichter Werner Baumann stehe nicht mehr für eine weitere

Amtszeit zur Verfügung, sagte Ivo Schillig. Um seinen Sitz hat sich Sven Infanger beworben. Der Seedorfer ist Jurist (MLaw), arbeitet in einer Schweizer Wirtschaftskanzlei und bereitet sich aktuell auf die Anwaltsprüfung im Kanton Zürich vor. Sven Infanger ist seit 2015 Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Uri und war von 2015 bis 2019 Präsident der Jungfreisinnigen Uri. Die Oberrichter Christoph Wipfli und Tony Z'graggen stellten sich ebenso zur Wiederwahl wie die beiden FDP-Landrichter Michael Kunkel und Thomas Ziegler, sagte Ivo Schillig.

Bezüglich der Besetzung der Gerichtspräsidien strebe die FDP eine



Bewirbt sich für einen FDP-Sitz am Obergericht: Sven Infanger. FOTO: ZVG

einvernehmliche Lösung an. Bekanntlich tritt Obergerichtspräsident Rolf Dittli bei den kommenden Wahlen nicht mehr an. Die CVP nominierte die bisherige Landgerichtspräsidentin I, Agnes Planzer, als neue Obergerichtspräsidentin. Deshalb sei nun geplant, hiess es bei der FDP, dass Philipp Arnold, FDP Flüelen, neu ins Landgerichtspräsidium I wechsele. Für die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 2023 wurde Ruedi Cathry zum Wahlkampfleiter ernannt. Bezüglich der Nationalratswahlen beobachte man die Situation. Mit Bedauern zur Kenntnis genommen wurde der Rücktrittsentcheid von Roger Nager aus dem Regierungsrat. Ivo Schillig meldete den Anspruch der FDP auf zwei Sitze in der Urner Regierung an. Um eine Nachfolge zu finden und auch für die Landratswahlen im März 2024 stehe man in Kontakt mit den Ortsparteien.

Im Anschluss an den Parteitag brachte Beat Bissig, Geschäftsführer der Schreinerei Beeler sowie Regionalgruppenleiter von Lignum Zentralschweiz, den Parteimitgliedern das Thema «Urner Holz» näher.

Verkehr | Tagung in Brig

# Alpenländer wollen klimaneutrale Mobilität bis 2050

Der Verkehr im Alpenraum soll bis 2050 klimaneutral werden. Acht Länder haben in Brig einen Aktionsplan für klimafreundliche Mobilität in den Alpen erarbeitet. Das Inkrafttreten des Abkommens ist allerdings aufgeschoben. Italien hat es nicht unterzeichnet.

Der Güter- und Personenverkehr ist mit fast 30 Prozent der Treibhausgasemissionen einer der Verursacher der globalen Erwärmung. In den Alpen zeige sich dieser doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt mit direkten Auswirkungen, die kaum eine andere Region in Europa kenne, sagte die Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung, Maria Lezzi, an der Konferenz am Donnerstag, 27. Oktober, in Brig. «Darum ist es sinnvoll, dass wir gemeinsam handeln, um die Mobilität im Alpenraum klimafreundlicher zu gestalten», fügte sie hinzu. Maria Lezzi vertritt die Schweiz an dieser Tagung, weil Bundesrätin Simonetta

Sommaruga diese Woche wegen gesundheitlicher Probleme ihres Ehemannes unabkömmlich ist.

Auf Initiative der Schweiz haben sich die Umwelt- und Verkehrsminister der Alpenländer (Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien, Liechtenstein und Monaco) unter dem Namen Simplon-Allianz verpflichtet, gemeinsam konkrete Massnahmen in den Bereichen Güter- und Personenverkehr sowie Tourismus- und Freizeitmobilität zu ergreifen. Dazu gehören beispielsweise ein alpenweites Abonnement für den öffentlichen Verkehr, mehr Elektro-Tankstellen, die Förderung von Nachtzügen sowie ein Label für CO<sub>2</sub>-neutrale Reiseziele.

Im Bereich des Güterverkehrs wollen die Alpenländer die Verlagerung auf die Schiene verstärken und über die Einführung einer Alpensteuer für schwere Nutzfahrzeuge diskutieren. Sie wollen auch den Ersatz von benzin- und dieselbetriebenen

Lastwagen durch emissionsfreie Fahrzeuge fördern. Auf die Frage nach einem möglichen Zeitplan der Umsetzung erklärte Ulrich Seewer, Vizedirektor des Bundesamtes für Raumentwicklung, gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA, dass die Etappen, um diese CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen, «noch nicht festgelegt sind».

## Wegen Formalitäten nicht in Kraft

Am Donnerstag waren Vertreter der acht Länder in Brig. Das Abkommen kann jedoch zunächst nicht in Kraft treten, weil der italienische Vertreter das Dokument nicht unterzeichnet hat. «Das Land stellt die Allianz oder den Aktionsplan nicht infrage», erklärte ein Sprecher des Bundesamtes für Raumentwicklung gegenüber Keystone-SDA. Das Problem sei formaler Natur und hänge mit der derzeit stattfindenden Bildung der neuen italienischen Regierung zu-

sammen. «Italien hat versichert, dass es das Dokument in den nächsten Tagen unterzeichnen wird», ergänzte der Sprecher. «Der ausgearbeitete Aktionsplan ist eine Absichtserklärung. Es ist vorgesehen, unsere Fortschritte zu überwachen», sagte Maria Lezzi. Das Dokument ist nicht rechtsverbindlich, aber «es ist wichtig, dass wir gemeinsam handeln», sagte sie.

## Alpenschutzorganisationen zurückhaltend

Der Verein Alpen-Initiative und die Internationale Alpschutzkommission (Cipra) haben mit konkreten Vorschlägen an der fast zweijährigen Erarbeitung des Aktionsplanes für die Simplon-Allianz beigetragen. Sie fordern, dass der Massnahmenplan kein Lippenbekenntnis bleibt. Alpen-Initiative-Geschäftsführer Django Betschart beurteilt das Resultat mit gemischten Gefühlen. Die Massnahmen seien «sehr vage» formuliert

worden, sagte er gegenüber Keystone-SDA. Es fehle ein Umsetzungsplan mit einer klaren Aufgabenzuweisung und Etappenzielen.

Zudem sei das Ziel 2050 «nicht ehrgeizig genug». Der Verein fordert, dass der Verkehr in und durch die Alpen bis 2040 vollständig klimaneutral wird. Weiter sind die beiden Alpschutzorganisationen der Ansicht, dass ein Instrument fehlt, um die Anzahl der Lastwagen durch die Alpen zu begrenzen.

Die Simplon-Allianz vereint die Mitgliedsstaaten der Alpenkonvention und von Zürich Prozess, einer Plattform für die Verkehrsministerinnen und -minister der Alpenländer. Beide Gremien werden in diesem Jahr von der Schweiz geleitet. Der Vorsitz der Alpenkonvention wurde im Rahmen der Tagung turnusgemäss von der Schweiz an Slowenien übertragen. Das Präsidium von Zürich Prozess wechselte von der Schweiz zu Frankreich. (sda)